

Zeitschrift: Sprachspiegel : Zweimonatsschrift
Herausgeber: Schweizerischer Verein für die deutsche Sprache
Band: 3 (1947)
Heft: 6

Artikel: Die Frage der welschen Schule in Bern auf lange Sicht gesehen
Autor: U.H.
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-420042>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 04.05.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

gerade sie doch im Gegenteil die Hauptschwierigkeiten bieten. Im Vergleich zu den vokalischen Aufgaben einer fremden Sprache erkläre ich das vereinigte Konsonantenheer sämtlicher Völker für ein Kinderspiel.

Spitteler.

Die Frage der welschen Schule in Bern auf lange Sicht gesehen

Über diese Frage ist schon so viel geredet und geschrieben worden, daß es vielen überflüssig erscheinen mag, sie erneut aufzugreifen. Aber wenn man beim Auftreten von Schwierigkeiten und Mißverständnissen mit Recht sagt, man müsse „halt rede mitenand“, so heißt das doch, daß man sich aussprechen soll, bis eine Einigung möglich ist. In der Frage der welschen Schule in Bern ist das aber keineswegs geschehen. Der Grund liegt darin, daß bis jetzt im wesentlichen aneinander vorbeigeredet und =geschrieben worden ist. Die beiden Standpunkte, die in den bisherigen Auseinandersetzungen verfochten worden sind, seien nachfolgend ganz kurz zusammengefaßt: Die Welschschweizer in Bern erklären, daß es ihr gutes Recht sei, eine französischsprachige Schule in Bern zu verlangen, weil die eidgenössische Zentralverwaltung in Bern zur Erfüllung ihrer Aufgaben eine ansehnliche Anzahl welscher Mitarbeiter benötige. Da die Anwesenheit dieser Mitbürger französischer Zunge von Bundes wegen nötig sei, müsse man ihnen die Möglichkeit geben, ihre Kinder in ihrer Muttersprache aufzuerziehen. Den Grundsatz der Unantastbarkeit jedes Sprachgebietes (Territorialitätsprinzip) wollen sie im übrigen - begreiflicherweise - nicht beseitigen, sondern denselben nur als auf die Bundesstadt Bern unanwendbar erklären.

Demgegenüber sind die Deutschschweizer der Ansicht, daß dieser Grundsatz, wenn er seine Geltung behalten soll, in keinem einzigen Falle, auch nicht in dem Berns, durchlöchert werden dürfe. Sie machen die Welschen darauf aufmerksam, daß sich Lausanne, der Sitz des Bundesgerichts, rechtlich genau in der gleichen Lage befindet wie Bern, und versäumen auch nicht, an die seinerzeitige Frage der deutschsprachigen Schulen im Tessin zu erinnern. Diese Schulen wurden für deutschschweizerische Eisenbahner im Tessin eröffnet, die nicht wegen ihres eigenen Brot=

erwerbs, sondern ganz eindeutig im Dienste des ganzen Landes damals (!) dort eingesetzt werden mußten. Um diese Hauptargumente hat sich bis heute die ganze Auseinandersetzung gedreht. Die Mit- und Nebenargumente waren überaus zahlreich und wurden von beiden Seiten zuweilen mit Hefigkeit verfochten und bekämpft, ohne daß eine der beiden Parteien einen durchschlagenden Erfolg in der öffentlichen Meinung für sich hätte beanspruchen können. Merkwürdigerweise ist es eben bis heute unterlassen worden, diese Frage

im großen Zusammenhang der sprachlichen Verhältnisse

in der Schweiz überhaupt und im Hinblick auf die sich in der Zukunft aus ihr ergebenden Folgen zu sehen! Wir sind gewohnt, die sprachlichen Verhältnisse unseres Landes stets unter dem Gesichtspunkt des zahlenmäßigen Übergewichts der Deutschsprechenden zu sehen und daraus den Schluß zu ziehen, daß sich die Welschschweizer im Nachteil befinden. Wir unterliegen auch hier der großen Krankheit unserer Zeit, alles nur mit materiellen und quantitativen Maßstäben messen zu wollen. Wer mit geschichtlich geschultem und durch Erfahrungen geschärftem Auge das Verhältnis der Sprachen in der Schweiz im allgemeinen und die Lage des deutschschweizerischen Sprachgebietes im besondern kritisch betrachtet, kommt, in groben Zügen dargestellt, zu folgendem Ergebnis: Obwohl die Deutschsprechenden den Französischsprechenden gegenüber zahlenmäßig sehr stark überlegen sind, befinden sie sich dennoch in anderer Hinsicht ebenso auffällig im Nachteil. Die Gründe sind außerordentlich mannigfaltiger Art, lassen sich aber doch in den folgenden vier Punkten einigermaßen zusammenhängend gliedern:

1. Der D e u t s c h s c h w e i z e r ist „von Haus aus“ empfänglich für fremde Art und Sprache. Im Gegensatz zum anderssprachigen Miteidgenossen bereitet es ihm Freude, die Sprache des andern Landesteils kennenzulernen. Er ist auf alle Fälle zum mindesten überzeugt, daß neben der deutschen Muttersprache auch alle andern Sprachen ihre besonderen Werte und Schönheiten und ihre unbedingte Daseinsberechtigung haben. Vielfach geht er aber praktisch noch weiter, nämlich bis zur Selbstaufgabe. Im Verkehr mit Anderssprachigen stellt er bewußt und aus Höflichkeit die eigene Sprache fast immer hinten. (Es sei keineswegs

in Abrede gestellt, daß hierbei in vielen Fällen auch die Absicht, einerseits sich „gebildet“ zu zeigen und anderseits zu „profitieren“, mit im Spiele sein mag.) - Der W e l s c h s c h w e i z e r scheint - ebenfalls „von Haus aus“ - nicht anders zu können, als an eine naturgegebene, unbedingte Überlegenheit der französischen Sprache vor der deutschen (und übrigens auch der englischen oder holländischen) zu glauben und daraus einen gewissen innern Anspruch auf eine Vorzugsstellung abzuleiten. In diesem Zusammenhang mag an die bezeichnenden Beispiele erinnert werden, die uns die Städte Freiburg und Biel bieten. Freiburg, das von jeher zweisprachig war und heute noch mindestens ein Drittel Deutschschweizer-Einwohner zählt, macht einen fast ausschließlich französischen Eindruck. Um nur einen kleinen Hinweis zu geben: weder Poststempel noch Plätze- und Straßenbezeichnungen erfolgen zweisprachig. Biel, das bis vor etwa 70 Jahren rein berndeutsch war, beherbergt heute auch ein Drittel Französischsprechende, gewährt aber denselben die unbestrittene Gleichberechtigung bis in die kleinsten Dinge hinein.

2. In der deutschen Schweiz spricht man im täglichen Leben stets die schweizerdeutschen Mundarten und bringt es in der Beherrschung der Hoch- und Literatursprache meistens nicht zu jener Vollendung, die die Französischsprachigen in ihrer Muttersprache sowohl im schriftlichen als auch im mündlichen Ausdruck nicht selten erreichen. Unbewußt bildet sich beim Deutschschweizer deswegen ein gewisses Minderwertigkeitsgefühl.

3. Die maßgebenden Kreise und Behörden sind, wie unlängst an einem freisinnigen Parteikongreß festgestellt worden ist, darauf bedacht, den sprachlichen Minderheiten eher größere Vertretungen in den zivilen und militärischen Ämtern zu gewähren, als ihnen nach ihrem verhältnismäßigen Bevölkerungsanteil zukäme. Das ist eine kluge und verantwortungsbewußte Politik. Auf der gleichen Linie aber sind gerade auch die gebildeten Kreise der deutschen Schweiz allzusehr geneigt, nur auf das zahlenmäßige Übergewicht des deutschen Landesteils zu vertrauen und sich selbst um die folgenswersten Entwicklungen auf sprachlichem Gebiet in vollkommen ungenügender Art zu kümmern.

4. Hierzu kommt nun noch der alles überschattende Einfluß der Welt-politik. Der deutsche Nationalsozialismus hat die deutschsprechende Schweiz in so hohem Grade den Sprachgenossen jenseits des Rheins

entfremdet, daß viele Deutschschweizer eine Zeitlang am liebsten auch die deutsche Muttersprache verfemt hätten (Bewegung Bär). Die Niederlage des Reiches aber hat es mit sich gebracht, daß die Weltsprache Deutsch außerordentlich viel an Bedeutung verloren hat. Diese Tatsache hat eine sehr große Bedeutung für das Verhältnis der Sprachen in der Schweiz. Eine Zeitung der Westschweiz hat denn auch unlängst in ihren Spalten der Hoffnung Ausdruck verliehen, daß sich nun der Ausbreitung der französischen Sprache weniger Schwierigkeiten entgegenstellen möchten.

Auf diesem Hintergrund wird etwas klar, was für die Lösung der in diesem Aufsatz aufgeworfenen Fragen wichtiger ist als alles andere: Das ungeschriebene Gesetz der Unantastbarkeit der einzelnen Sprachgebiete kann nicht nur den einseitigen Sinn haben, die in der Minderzahl befindlichen Sprachgruppen zu schützen. Wäre das der Fall, so hätten wir es mit einem

Ausnahmegesetz

oder einem sogenannten - wenn auch ungeschriebenen - Minderheitenstatut zu tun, das in einer föderalistischen und demokratischen Schweiz nicht nur gefährlich, sondern auch überflüssig ist. Nein, das Territorialitätsprinzip soll auch einen Schutz für die sich zahlenmäßig wohl in der Überlegenheit, in anderer Hinsicht aber ebenso stark im Nachteil befindende Mehrheit bedeuten! Im Gegensatz zu den Staaten, die die wahre Minderheitenfrage kennen, ist bei uns tatsächlich ein sprachliches Gleichgewicht vorhanden. Das Gewicht der deutschen Schweiz ist die große Zahl, das Gewicht der französischen Schweiz liegt - positiv ausgedrückt - im größern Kulturbewußtsein der Welschschweizer und - negativ ausgedrückt - im mangelnden Bewußtsein des Wertes ihrer Art und Sprache bei den Deutschschweizern. - Das Zünglein an dieser Waage zeigt nur dann senkrecht nach oben, wenn die

Unantastbarkeit beider Sprachgebiete

unbedingt und in vollem Umfange gesichert bleibt. Das ist aber nicht der Fall, wenn Bern, die Krone der Deutschschweizer Städte, zweisprachig wird.

So wie die Dinge liegen, würde die amtliche Anerkennung der französischen Schule aus Bern bestenfalls ein *zweite Biel* oder, wenn man will, eine „verelässerte“ Stadt machen. Selbst die ausgeflügeltsten

Zulassungsbeschränkungen würden nicht hindern, daß neben Welschschweizern deutschen Namens und erst halb assimilierten Deutschschweizern („demi-assimilés und „récemment assimilés“), die aus Städten der welschen Schweiz zuzögen, auch die Nachkommen von Familien, bei denen nur e i n Elternteil welsch ist, dazu beitragen würden,

der Stadt Bern ein französisches Gesicht

zu verleihen, und ebensowenig, daß nicht viele flugberechnende Deutschschweizer mit der Zeit in wachsender Anzahl darauf drängen würden, daß man ihren Kindern die Tore der französischen Schule öffne. - Es ist ganz selbstverständlich, daß das alles nicht in den ersten fünf oder zehn Jahren schon so weit zu kommen brauchte, aber in einem halben Jahrhundert wird vieles Tatsache werden. Für jedes Volk aber bedeutet die Zukunft mehr als die Vergangenheit und mindestens soviel wie die Gegenwart. Dazu kommt noch der Umstand, auf den die welschen Gäste in Bern gelegentlich selbst anspielen, nämlich daß auch die Diplomatenfamilien in Bern gerne eine französische Schule für ihre Kinder sähen. Die welsche Schule wird gerade mit einem die Zulassung beschränkenden Reglement Zwietracht unter der bernischen Bevölkerung säen. Viele Deutschschweizer, die so großen Wert darauf legen, daß ihre Kinder Französisch lernen, würden sich gegenüber den Welschschweizer Familien deutschen Namens und den Familien, bei denen entweder nur der Vater oder die Mutter welsch ist, benachteiligt fühlen. Eines Tages würde die Schranke mit Sicherheit fallen müssen. Dann aber käme es zu schwerwiegenden Erscheinungen der

gesellschaftlichen Spaltung im Leben Berns.

Es ist anzunehmen, daß nicht nur die diplomatischen Kreise, sondern auch große Teile der Beamtschaft und der übrigen emporstrebenden Bevölkerungsschicht sich mehr und mehr der französischen Sprache zuwenden würden. Es käme somit zu dem unerfreulichen Zustand, daß die sogenannten oberen Schichten sich immer mehr französisch (gemeint ist natürlich in kultureller, sprachlicher Beziehung) gebärden würden, während nur die untern Schichten und der Zuzug vom Lande noch unverfälscht deutsch blieben. Die Anerkennung der welschen Schule in Bern bedeutet nichts anderes als die amtliche Anerkennung der Zweisprachigkeit Berns. Daran ändern die einschneidendsten Zulassungsbeschränkungen nichts. Der

Rubikon ist überschritten. Von da bis zur amtlichen zweisprachigen Bezeichnung der Straßen und Plätze, zur zweisprachigen Abfassung der städtischen Verlautbarungen, zur Eröffnung eines französischen Theaters usw. ist offensichtlich kein grundsätzlicher Schritt mehr. Das ist dann wirklich nur noch eine Frage der Zeit, der jahrzehntelangen Beeinflussung der Masse der in sprachlicher Beziehung so gleichgültigen oder sogar zur Selbstaufgabe geneigten Deutschschweizer.

Naturgemäß aber wird sich - auch dies nicht auf den nächsten Augenblick, sondern auf lange Jahrzehnte hinaus gesehen - die „Verelsässerung“ in ihren Folgen nicht auf Bern beschränken können. Nicht nur die Vororte Berns, sondern die ganze Landschaft zwischen Freiburg, Biel und Neuenburg einerseits und Bern anderseits würde ganz langsam in Mitleidenschaft gezogen. So sehr eine - wie zu hoffen ist - kleine Minderheit der Französisch Sprechenden Schweizer sich darüber freuen könnte, und so sehr einem - wie zu befürchten steht - recht ansehnlichen Teil der Deutschschweizer diese Entwicklung auch gleichgültig wäre, würde doch bei dem stets wachsenden Teil der andern Deutschschweizer eine heftige Reaktion entstehen, die notwendigerweise in einem verbitterten Abwehrkampf ihren Ausdruck finden müßte. In der Anerkennung und Ausdehnung der welschen Schule in Bern ist daher der Keim eines gefährlichen sprachlichen Zerwürfnisses zu sehen. Der Sprachenkampf, wie ihn das uns so sympathische Belgien kennt, ist uns bis heute erspart geblieben. Möge er es bleiben! Es ist keineswegs abseitig, einmal auf

das belgische Lehrbeispiel

hinzuweisen. Das Gleichgewicht zwischen Flämen und Wallonen konnte deshalb bis heute nicht hergestellt werden, weil die Flämen für das Fremde allzu empfänglich sind. Sie müssen sich nicht nur gegen wallonische Übergriffe, sondern vor allem auch gegen eigene Schwäche wehren und sind daher trotz ihrem bescheidenen zahlenmäßigen Übergewicht wesentlich im Nachteil. In der Schweiz haben wir das sprachliche Gleichgewicht gleichsam von der Geschichte in die Wiege geschenkt erhalten. Die starke zahlenmäßige Überlegenheit der Deutschschweizer wiegt ihre innere Schwäche auf. Schon der Ausgang des ersten Weltkrieges hat dieses Gleichgewicht beinahe zum Schwanken gebracht. Weit größer noch ist die Gefahr heute. Es ist schon so: wenn es auf wirtschaftlichem und poli-

tischem Gebiet ein „malaise romand“ gibt und wenn sich die Welschschweizer über eine gewisse Überheblichkeit der Deutschschweizer in dieser Beziehung beklagen, so besteht in der deutschen Schweiz objektiv unbedingt Grund zu einem

„d e u t s c h s c h w e i z e r i s c h e n U n b e h a g e n“

auf sprachlichem Gebiet. Es muß gestattet sein, einmal darauf hinzuweisen, daß ein kleiner Kreis Intellektueller unter den Westschweizern der Muttersprache der Deutschschweizer gegenüber (Hochdeutsch wie Mundart) eine Art von Überlegenheitsbewußtsein an den Tag legt, das eben auch Überheblichkeit genannt zu werden verdiente. Als undisputierbarer Boden des Zusammenlebens zwischen Deutsch und Welsch kann und muß aber der Grundsatz gelten, daß sich b e i d e Teile nicht nur als verfassungsmäßig gleichberechtigt, sondern auch als geistig und sprachlich ebenbürtig - wenn auch nicht gleichartig - anerkennen. Wir bitten daher die Welschschweizer, sich auch einmal auf den Standpunkt der Deutschschweizer zu versetzen und sich in bezug auf die welsche Schule in Bern an den alten, weisen Spruch zu erinnern „Was du nicht willst, daß man dir tu“, das füg auch keinem andern zu“. Sicher werden sie dann davon absehen, die gegenwärtige geschwächte Lage und den althergebrachten bedingungslosen Friedenswillen der deutschen Schweiz zu deren Schaden auszunützen. - Welschschweizer, Deutschschweizer, Schweizer, denen daran gelegen ist, daß der sprachliche Friede und das sprachliche Gleichgewicht, die sich seit über hundert Jahren so segensreich für das Wohl des ganzen Landes und aller seiner Teile auswirkten, erhalten bleiben, müssen dahin wirken, daß die Anerkennung und der Ausbau der welschen Schule in Bern u n t e r b l e i b t, weil sie den Keim innerer Störungen und Zerwürfnisse in sich birgt.

Vor allem aber müssen sich die Deutschschweizer aufraffen, man möchte fast sagen: zwingen, ihre sprachlichen Belange mit mehr Ernst und Weitblick wahrzunehmen, weil daran der Friede des ganzen Landes geknüpft ist.

A. H.

Nachschrift des Schriftleiters. Aus der Presse ersehen wir, daß in Bern unter dem Namen „Bubenbergs-Gesellschaft“ kürzlich eine „Vereinigung zum Schutze der heimatlichen Sprache“ gegründet worden ist, und zwar nicht etwa zur Verteidigung des Stadtbernschen — eine solche Vereinigung gab es schon vorher — oder

des Berndeutschen, sondern zum Schutze der deutschen Sprache überhaupt gegen eine Romanisierung der Stadt, wie sie durch die Schaffung einer französischen Schule oder welscher Schulklassen eingeleitet würde. Der Sprachverein ist an der Gründung nicht beteiligt, weil es sich zunächst um eine örtliche Angelegenheit handelt, die am besten von den Bernern selbst, unabhängig vom Sprachverein, an die Hand genommen wird. Wir verfolgen sie natürlich mit lebhafter Teilnahme. In diesem Sinne hat der „Sprachspiegel“ in Heft 10/1946 den Aufsatz des bernischen Schulsekretärs aus dem „Berner Schulblatt“ abgedruckt und bringt vorstehenden Beitrag aus dem „Berner Tagblatt“ vom 16./18. Februar 1947. Diese Arbeiten decken sich grundsätzlich mit dem Vortrag von Prof. Dr. Walther Burckhardt, den wir in unserer „Rundschau 1938“ veröffentlicht haben.

Freut euch,

denn wir dürfen hoffen, daß unsere Sprache von der Aktionenseuche genesen werde, die sie so lange verunstaltet hat als Mäuseaktion, Mai- und Kartoffelkäferaktion, Tannzapfenaktion, Kriegswaisenaktion, verbilligte Gemüseaktion (!), Altpapieraktion, Lohnanpassungsaktion usw. usw. - ich kann nicht alle Formen aufzählen, in denen diese ansteckende Krankheit in den letzten Jahren verheerend aufgetreten ist. Jetzt aber hat sie den Gipfel erklommen und kann keine Weiterentwicklung mehr, nur noch einen ruhmlosen Nieder- und Untergang erleben.

Oder ist es nicht der Gipfel, wenn die „Neue Glarner Zeitung“ vom 24. März 1947 berichtet, Herrn R. S. sei „infolge (!) seiner 25jährigen Tätigkeit für die Sache der Bundesfeieraktion“ ein Geschenk überreicht worden? - Für die Sache der Bundesfeieraktion! Kann man den Aktionenunfug noch deutlicher machen - oder muß ich sagen: in Erscheinung treten lassen - ? Hoffentlich öffnet das auch den Blinden die Augen und bewirkt, daß niemand mehr seine Kraft an eine Aktion verschwendet, während es für so manche gute Sache an Mitarbeitern fehlt.

Paul Gietli.

Ein Nachtrag zum Alüßi

(in Heft 4, S. 50)

Mit Recht gibt der Verfasser zu, daß man die Abkürzungen nicht in Bausch und Bogen ablehnen darf, da sie besonders im amtlichen und geschäftlichen Gebrauch Vereinfachung und Zeitersparnis bedeuten können. Aber gerade durch den Gebrauch, den man von ihnen macht, kann man